

Für eine Kritik postdemokratischer Subjektivierungsmächte

Eine Replik auf Claudia Ritzi und Daniel Schulz

Dagmar Comtesse, Katrin Meyer*

Am 14. November 2011 wird in Zürich das Occupy-Camp, das sich im Herzen des Schweizer Finanzplatzes eingerichtet hat, mit der Begründung geräumt, es widerspreche dem Prinzip der Rechtsgleichheit, einzelnen politischen Bewegungen im öffentlichen Raum Platz zuzugestehen und andere politische Gruppen dadurch ungleich zu behandeln. Dieser Umgang mit der Occupy-Bewegung ist ein prägnantes Beispiel dafür, wie derzeit politische Kämpfe in legalistische Fragen umgebogen und dem gesellschaftlichen Konsens untergeordnet werden. Er ist demnach ein postdemokratisches Phänomen *par excellence*, wenn Postdemokratie jene Praktiken bezeichnet, die im Namen einer rechtsstaatlichen Demokratie demokratische Gleichheitsforderungen verhindern. Allerdings sind die vielfältigen Dimensionen der Postdemokratie nicht zu erkennen, wenn sich die Analyseperspektive nur auf das Verhältnis von BürgerIn und Staat beschränkt. Gefordert ist vielmehr, den Blick aus einer poststrukturalistischen und postmarxistischen Perspektive auf das Feld der gesellschaftlich relevanten Subjektivierungsmächte zu lenken und den (Post-)Demokratiebegriff über den staatsrechtlichen Rahmen hinaus auf soziale, ökonomische, kulturelle und symbolische Praktiken auszudehnen.

In der letzten Nummer dieser Zeitschrift formulierten Claudia Ritzi und Daniel Schulz mit unterschiedlichen Argumenten ihren Zweifel daran, ob ein solcher, durch eine postmarxistische und poststrukturalistische Perspektive gewonnener Begriff von Postdemokratie zur Kritik gegenwärtiger Demokratieformen hilfreich sei respektive in der bisherigen Form die bestehenden Analysen an Klarheit übertreffen könne (vgl. Ritzi 2011; Schulz 2011). Im Rückgriff auf Jacques Rancière und Wendy Brown haben wir ein solches Projekt vorgeschlagen und das gegenwärtige Phänomen der Postdemokratie durch zwei Elemente definiert: Als postdemokratisch gelten uns erstens im Sinne von Rancière Praktiken und Institutionen, die die demokratischen Auseinandersetzungen um Gleichheit im Namen eines konsensorientierten Demokratieverständnisses verunmöglichen, und zweitens im Sinne von Brown Praktiken und Institutionen, die das streitbare Verständnis von Freiheit und Partizipation durch die Entfaltung liberaler Wissens- und Subjektivierungsmächte aushöhlen (vgl. Comtesse/Meyer 2011). Dagegen meint Daniel Schulz, dass diese Perspektive zur langen Tradition liberaler, marxistischer und kommu-

* Dagmar Comtesse, M. A., Goethe-Universität Frankfurt; Kontakt: comtesse@em.uni-frankfurt.de
Dr. Katrin Meyer, Universität Basel; Kontakt: katrin.meyer@unibas.ch

nitaristischer Demokratiekritik kaum Neues beitragen könne (vgl. Schulz 2011: 76). Und Claudia Ritzi hält die Verbindung von Rancière und Brown für die Klärung von Entdemokratisierungsprozessen zwar für hilfreich, sieht aber die Zuspitzung des Postdemokratie-Begriffs auf das Verhältnis von Demos, Kratie und Subjektivierungskonzeptionen als nicht zentral und schlägt dagegen vor, sich stärker auf Fragen der „Veränderungen des öffentlichen Diskurses und der diesen strukturierenden hegemonialen Deutungsmuster“ (Ritzi 2011: 83) zu konzentrieren.

Was die postmarxistische und poststrukturalistische Konzeption der Postdemokratie von liberalen, marxistischen und kommunitaristischen Demokratieforschungen unterscheidet, ist das ambivalente Verständnis von Subjektivierungsmächten, die Subjekte im doppelten Sinn des Wortes subjektivieren, das heißt: unterwerfen und ermächtigen. Deren Einbezug ist sowohl für die Kritik gegenwärtiger Demokratien wie auch für das normative Verständnis von Demokratie entscheidend. Allerdings hängt der Gewinn dieser Perspektivenerweiterung davon ab, wie sich die Teilhabe an Subjektivierungsmächten überhaupt denken lässt und wie die *gleiche* Teilhabe konzeptualisierbar ist.

Daniel Schulz versteht unter Subjektivierungsmächten jene Bedingungen, die der Entfaltung einer mündigen und autonomen Person als Grundlage dienen. So weist er darauf hin, dass sich im liberalen Denken von Kant bis Tocqueville das Bewusstsein dafür finde, dass „die ‚Subjektivierungsmächte‘ – allen voran in Form der individuellen und gleichen Bildung – immer Grundlage von Autonomie und Teilhabe“ (Schulz 2011: 79) seien. Zugleich verteidigt er gegen den Primat politischer Gleichheitsforderungen und die „[p]olitische Aktivierung und Produktion von Präsenz in einer repräsentativ entfremdeten Welt“ (ebd.) das liberale Credo für eine Freiheit *von* politischer Partizipation. Mit diesem Gegensatz zwischen gesellschaftlich-politisch erzwungener Gleichheit und individueller Freiheit, den Schulz in bewährter liberaler Tradition eröffnet (und uns unterstellt), bewegt sich Schulz in einem normativen Denkraum, der exakt unserer Definition von Postdemokratie entspricht. Die These, es sei im Namen der individuellen Freiheit das bürgerliche Subjekt vor seiner entgrenzenden Politisierung zu schützen, entzieht diesem Subjekt erstens das Begehren, seine eigene Freiheit als kollektive zu verstehen und über die individuelle Präferenzstruktur hinaus als partizipative Praxis zu deuten; zweitens verunmöglicht sie dem liberalen Subjekt die kritische Einsicht, sich selbst als geformt, unterworfen, verdinglicht oder entfremdet zu verstehen (zum Beispiel durch die Formierung als liberales Begehrenssubjekt im Sinne des *homo oeconomicus* oder als naturhaft konzipiertes Subjekt biologischer Triebe); und drittens verschließt sie den Blick auf jene Mechanismen, durch die die Gleichheitsforderung der ausgeschlossenen oder minderwertigen Subjekte, die keinen Zugang zu den liberalen Freiheitspraktiken haben, unsichtbar gemacht wird.

Gegen diesen dreifachen Entdemokratisierungseffekt mit der Forderung nach gleicher Bildung und der Erziehung zur Urteilsfähigkeit zu antworten ist darum unterkomplex, weil Bildung, Wissen und Erziehung Subjekte nicht nur ermächtigen, sondern auch unterwerfen, und mithin als Subjektivierungsmächte im oben genannten, ambivalenten Sinn wirken. Subjekte müssen an Bildung also nicht nur partizipieren, sondern diese als *Macht* auch mitbestimmen können.

Denn was heißt Bildung? Sollen Kinder lernen, wie sie sich in einer neoliberalen Ökonomie behaupten können? Gehören das Verstehen von Börsendaten und des internationalen Währungssystems zum Schulfach wie Biologie und Geschichte? Oder sollten stattdessen marxistische Kapitalismusanalyse und globale Emanzipationsbewegungen – ‚unterworfenen Wissen‘ nach Foucault – auf dem Lehrplan stehen?

Die politische Bedeutung solcher Fragen wird angesichts der Finanzkrise einsichtig, die ein konkretes Beispiel dafür abgibt, was der Streit um die gleiche Teilhabe an Subjektivierungsmächten bedeuten kann. Zunächst rückt die Subjektivierungsmacht ‚Wirtschaftsform‘ überhaupt erst in den Bereich der Infragestellung, das heißt, es muss erkannt werden, dass eine Wirtschaftsform nicht einfach ein gesellschaftliches Teilsystem mit einer eigenen Rationalität und einem eigenen Code bildet, sondern dass die ökonomische Rationalität durch Alltagspraktiken, Denkformen und institutionelle Settings getragen wird, die die Ausbildung individueller und kollektiver Subjekte mitbestimmen. So ist das moderne bürgerliche Subjekt in seiner Handlungsfähigkeit und Begehrensstruktur entscheidend durch den Geist des liberalen Rationalismus bestimmt (so schon Horkheimer 1947/1985). Erst mit dieser Freilegung wird klar, dass Fragen der Ökonomie in das Feld partizipatorischer Mitbestimmung fallen könnten und aus demokratischer Sicht auch fallen müssen. Dass sowohl diese Erkenntnis als auch die daraus folgende Forderung nach demokratischer Teilhabe eine *alte* marxistische, sozialdemokratische und sogar – wenn auch weniger auf demokratische Teilhabe als auf elitär-exekutive Führung zielende – ordoliberalen Ansicht ist, weist wiederum auf den Umfang der *neoliberalen* Subjektivierung hin, die erfolgreich den Imperativ der marktcompatiblen Politik- und Lebensführung implementiert hat. Dieser unterschiedlichsten Kritik an der neoliberalen Wirtschaftsform entsprechend, sind die möglichen politischen Maßnahmen zur Gestaltung der Teilhabe an der ökonomischen Subjektivierungsmacht auch in einem breiten Spektrum vertreten: von der Zusammenlegung aller Banken zu einer jeweils staatlichen Zentralbank über das ‚Rettungsübernahmegesetz‘ der deutschen Bundesregierung vom April 2009 (zeitlich befristete Enteignung einer systemrelevanten Bank) bis hin zu einer bloßen Trennung von Kredit-Bankgeschäft und Investmentbanking (Trennbankensystem). Die demokratische Qualifizierung der verschiedenen Maßnahmen richtet sich jedoch danach, inwieweit die Teilhabe an der Gleichheit der Subjektivierten orientiert ist. Das könnte am Beispiel der Banken heißen, dass alle Subjekte gleichermaßen Kredite bekommen sollen. Es könnte auch bedeuten, dass es demokratisch bestimmte Kriterien der Kreditvergabe geben muss.

Postdemokratisch sind diese Debatten dann, wenn sich die demokratische Re-Organisation des Bankensystems nur an Subjekte adressiert, die die ‚Wahrheit‘ der Märkte kennen. So ist der Ruf nach einem gerechten Finanzsystem nicht vor der Gefahr gefeit, zugleich ein Wahrheitsregime zu verstärken, das ExpertInnen, Fachleute und SpezialistInnen notwendig macht, die im Namen und an der Stelle von BürgerInnen über die Bedingungen entscheiden, unter denen staatliche und private Akteure ökonomisch handlungsfähig sind. Dieses Expertentum schafft und verdeckt im Sinne Rancières Ungleichheit und es ist im Sinne Browns der Ausdruck ambivalenter, subjektivierender Wissensregimes.

Demokratie als Streit um die gleiche Teilhabe an den Subjektivierungsmächten bedeutet also dreierlei: Subjektivierungsmächte müssen erkannt werden, die Teilhabe muss als möglich und als wünschenswert wahrgenommen werden und die Ermöglichung der Teilhabe muss sich an der Gleichheit aller Subjektivierten orientieren.

Auch wenn es durchaus in unserem Sinn der Verwendung des Begriffs Postdemokratie läge, eine von Claudia Ritzki im Anschluß an unseren Artikel geforderte Diskursanalyse der öffentlichen Deutungsmuster hinsichtlich von Entdemokratisierungstendenzen durchzuführen, so sind es auch hier wieder die Begriffe ‚Subjektivierungsmacht‘ und ‚Subjektivierung‘, die unsere Verwendung von Postdemokratie weit über ein solches Programm hinaustreiben. Denn während Schulz die Bedeutung der Subjektivierungs-

mächte verkennt, scheint bei Ritzi das Verständnis für die Tragweite unseres Postdemokratiebegriffs an einem intertextuellen Missverständnis zu scheitern.

So ist Ritzi zwar zuzustimmen, dass die hegemonialen Formen von Öffentlichkeit tatsächlich wichtige „Indikatoren für Entdemokratisierungsprozesse“ (Ritzi 2011: 83) sind und auch im Sinne von Rancière zu den genuinen „Subjektivierungsbedingungen“ (ebd.) in der Postdemokratie gehören. Postdemokratische Subjektivierungsmächte greifen aber über das Öffentliche hinaus und machen die *Subjekte selber* zu einem Kampfplatz der (verhinderten) Demokratisierung. Diese Erweiterung kann mit Rancières emanzipatorischem Subjektivierungsmodell nicht mehr erfasst werden.

So entspricht die ‚politische Subjektivierung‘ von Rancière nicht der Kritik liberaler Subjektivierungsmächte Wendy Browns. Das politische Subjekt Rancières entwickelt sich zwar in der Auseinandersetzung mit hegemonialen Diskursen, dennoch bleibt das Erscheinen des Demos selber immer in der Bruchsituation. Die Subjekt-Werdung ist bei Rancière ganz im Sinne seiner Seh-Metaphorik zu verstehen: Das politische Subjekt des Demos (die ‚Sans-Papiers‘, die ‚Frauen‘) wird im Moment der Auseinandersetzung mit der bestehenden Ordnung als Subjekt überhaupt erst wahrnehmbar, so dass die Subjektivierung sich auf diesen Prozess der Sichtbarwerdung beschränkt. Verdeutlichen können wir das mit Isabell Loreys Rancière-Interpretation, die das Aktuelle des Rancière’schen Demokratiebegriffs betont (vgl. Lorey 2011a: 300–313) und auf die Occupy-Bewegung überträgt (vgl. Lorey 2011b). Am Beispiel deren aktueller (wie sie sagt, „präsentischer“) Selbstregierung wird deutlich, dass die politische Subjektivierung sich in den Camps abspielt, im öffentlichen Protest und seiner Organisation. Somit ist diese Subjektivierung des Demos zwar als ein historischer Moment raum-zeitlich situiert und ereignet sich in Konfrontation mit der vorausgehenden Machtkonstellation (zur Historizität dieses Subjekt-Werdens als „Exodus und Bresche“ vgl. Lorey 2011a: 307 ff.), aber deren produktiver Einfluss wird in der politischen Subjektivierung als Konstitution einer *neuen* Gemeinschaft konzeptuell nachrangig. Wir verstehen dagegen Browns Subjektivierungsbegriff als Bezeichnung für eine historische Formung der Subjekte, *bevor* es zur politischen Gleichheitsforderung kommt. Diese Subjektivierungen können zur politischen Teilhabe befähigen oder diese behindern. So ist auch die präsentische Occupy-Bewegung durch intersektionale Hierarchien und Hegemonien bestimmt, die darüber entscheiden, wer die Macht und die Möglichkeit hat, sich auf einem Platz zu versammeln und Gleichheit als politische Forderung zu verkörpern. Dadurch wirken in der neuen Bewegung alte Ermächtigungen und Ausschlüsse weiter.¹ Dieses Wechselspiel von vorgängiger ‚sozialer‘ Subjektivierung und ereignishafter politischer Subjektivierung lässt sich mit Judith Butler als Ausdruck von zwei Machtformen bezeichnen: es ist einerseits die Machtform nach Foucault’schem Verständnis, die durch „etablierte Architektur und Topographien der Macht auf uns wirkt“, und andererseits die Machtform nach Arendt’schem Verständnis,

1 Die Subjektivierungsformen der Occupy-Bewegung sind relativ eng. Es braucht Muße, Flexibilität und ökonomische Ressourcen, um sich wochenlang auf einem Platz zu versammeln. Die Besetzung impliziert Freiräume am Arbeitsplatz, die Bereitschaft zum Risiko, seine Arbeit wegen Fernbleibens zu verlieren, aber auch Unabhängigkeit von Fürsorgeleistungen für Kinder oder Alte, die an ein privates Zuhause gekoppelt sind. Andererseits gilt die Bewegung in der öffentlichen Wahrnehmung als tot, wenn sich auf den Plätzen nur noch Arbeitslose und Obdachlose versammeln, also Menschen, die *zu viel* Zeit oder *gar kein* Zuhause haben. Die Macht der Bewegung zehrt auch von der Macht der einzelnen Subjekte, die ihr angehören. Zur Fokussierung der ‚neuen‘ demokratischen Partizipationsforen auf bürgerliche Mittelschichten vgl. Jörke 2011. Auf dieses Problem macht auch Daniel Schulz aufmerksam (vgl. 2011: 79).

in der wir „durch Handeln den politischen Raum zum Sein bringen“ (Butler 2011, unsere Übersetzung). Gemäß dieser Unterscheidung verstehen Rancière und Lorey die politische Subjektivierung in der Logik der Arendt'schen Macht, während Brown die Bedeutung der vorgängigen Subjektivierung im Sinne Foucaults fokussiert.

Die Subjektivierungsmächte durchkreuzen demnach die demokratischen Gleichheitsforderungen im historischen Feld von Machtbedingungen und Machtwirkungen, ohne sie logisch als Forderungen aufzuheben. Die Verbindung von Brown und Rancière ist in unseren Augen deswegen so gewinnbringend, weil sie diesen Zusammenhang deutlich macht. Wir halten an der These fest, dass die radikaldemokratische Forderung nach gleicher Teilhabe bedeutet, um das möglichst hohe Maß an kollektiver Mitgestaltung jener Mächte zu kämpfen, die uns subjektivieren.

Literatur

- Butler, Judith, 2011: Bodies in Alliance and the Politics of the Street; <http://eipcp.net/transversal/1011/butler/en>, 07.12.2011.
- Comtesse, Dagmar / Meyer, Katrin, 2011: Plurale Perspektiven auf die Postdemokratie. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 63–75.
- Horkheimer, Max, 1947/1985: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. In: Ders., Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Aus den Vorträgen und Aufzeichnungen seit Kriegsende, herausgegeben von Alfred Schmidt, Frankfurt (Main), 11–174.
- Jörke, Dirk, 2011: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1–2, 13–18.
- Lorey, Isabell, 2011a: Figuren des Immunen. Elemente einer politischen Theorie, Zürich.
- Lorey, Isabell, 2011b: Non-representationist, Presentist Democracy; <http://eipcp.net/transversal/1011/lorey/en>, 07.12.2011.
- Ritzi, Claudia, 2011: Demokratie und Öffentlichkeit unter den Bedingungen neoliberaler Hegemonie. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 81–84.
- Schulz, Daniel, 2011: Postdemokratie und Liberalismus: Eine neue Perspektive? In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 76–80.